

Antrag Nr. 10-F-25-0073

CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

Betreff:

Rentenbeitragszahlungen für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 14.06.2010 -

Antragstext:

Im Rahmen ihres Sparkurses plant die Bundesregierung den Wegfall des Rentenversicherungsbeitrags für SGB-II-Bezieherinnen und Bezieher. Dies führt nicht zu aktuellen Leistungskürzungen für die Betroffenen, aber dazu, dass noch mehr Menschen auf Grundsicherung im Alter angewiesen sein werden. Kosten werden also lediglich verlagert. Verlagerung anstelle von Sanierung ist keine seriöse Finanzpolitik. Auf die Kommunen kämen zudem hierdurch erhebliche finanzielle Mehrbelastungen zu. Damit würden erneut von übergeordneter Ebene Kosten bei den Kommunen „abgeladen“, die jedoch schon längst an der Grenze ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit angekommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung missbilligt die zunehmende Neigung übergeordneter staatlicher Ebenen, den Kommunen zusätzliche finanzielle Lasten aufzubürden und fordert daher sowohl den Bund als auch das Land Hessen auf, alles zu unterlassen, was die finanzielle Handlungsfähigkeit der Landeshauptstadt Wiesbaden gefährden könnte.
2. der Magistrat wird aufgefordert - ggf. im Verbund mit dem Deutschen Städtetag - zu berichten, welche finanziellen Folgen der angekündigte Wegfall der Rentenversicherungsbeiträge für SGB-II-Empfänger für die Landeshauptstadt Wiesbaden hätte.

Wiesbaden, 17.06.2010

Bernhard Lorenz	Dr. Tilli Reinhardt	Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender CDU	Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die Grünen	Fraktionsvorsitzender FDP
Thomas Kroppen	Carola Pahl	Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführer	Geschäftsführerin	Geschäftsführerin